

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

15.11.1861 (No. 270)

Karlsruher Zeit.

Freitag, 15. November.

N. 270.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Telegramme.

Frankfurt, Donnerstag 14. Nov. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung wurde die Erklärung Preußens gegen den hannoverschen Flottenantrag abgelesen. Dieselbe bezeichnet die abgeforderte Verhandlung der Küstenflotte durch den Bundestag für unzumutbar und verlangt die beschleunigte Erledigung der Gesamtvorlage für die Küstenverteidigung.

Paris, Donnerstag 14. Nov. Der heutige „Moniteur“ meldet die Ernennung Fould's zum Finanzminister und die Ernennung des (bisherigen Finanzministers) Hrn. Forcade-La Rochette zum Senator.

Herner veröffentlicht das amtliche Organ ein Schreiben des Kaisers an den Staatsminister, wodurch eine finanzielle Auseinandersetzung (exposé) des Hrn. Fould genehmigt wird. Der Kaiser erinnert daran, daß er schon längst das Budget in unveränderliche Grenzen einschließen wollte; das einzige wirksame Mittel hierzu liege darin, daß die Berechtigung zur Eröffnung von Supplementar- und außerordentlichen Krediten in der Zwischenzeit zwischen den legislativen Sessionen aufgegeben werde. „Der Senatskonsult“ fährt der Kaiser fort, welchen ich dem Senat am 2. Dez. vorlegen werde, enthält diese Einschließung und wird das Budget der verschiedenen Ministerien durch große Abtheilungen regeln. Indem ich auf das Recht verzichte, welches gleichmäßig alle mir vorangegangenen Souveräne, selbst die konstitutionellen, hatten, beabsichtige ich eine für die gute Führung der Finanzen nützliche Sache zu vollbringen. Getreu meinem Ursprung betrachte ich die Prärogative der Krone nicht als ein heiliges unveräußerliches Gut (déposit), welches man nicht anrühren darf, noch als eine Erbschaft meiner Väter, welches unverfehrt auf meinen Sohn kommen soll. Vom Volke gewählt und seine Interessen vertretend, werde ich jederzeit ohne Bedauern jedes für das allgemeine Beste unnütze Vorrecht aufgeben, ebenso wie ich unerschütterlich in meiner Hand jede Gewalt festhalten werde, welche für die Ruhe und das Wohl des Landes unumgänglich erforderlich ist.“

Ein Schreiben des Kaisers an Hrn. Fould genehmigt dessen finanzielles Programm und beauftragt ihn mit dem Vollzug desselben.

Es folgt nun das Fould'sche Programm. Dasselbe weist die Nothwendigkeit der Unterdrückung der außerordentlichen Kredite nach, untersucht die Finanzlage, erinnert daran, daß man unter allen Formen auf frugliche Kredite zurückkommen sei, und berechnet, daß die Ziffer des Decouverts eine Milliarde erreicht. „Die Furcht — heißt es weiter — welche die Befugnis, direkt über alle Hilfsquellen Frankreichs zu verfügen, allen untern Nachbarn einflößt, verpflichtet sie zu ungeheuren Bewaffnungen. Indem man auf eine mehr scheinbare als reelle, mehr drohende als wirksame Macht verzichtet, wird nicht bloß das Vertrauen in Frankreich zurückgeführt, sondern man wird auch die Lurbe Europas beschwichtigen, und den Vorwand zu feindlichen Drohungen wegnehmen. Wollte man — gegen alle Wahrscheinlichkeit — selbst annehmen, daß Europa von dem vollkommenen Frieden plötzlich zum Krieg übergehen wollte, so wäre der Verzicht des Kaisers auf sein Vorgehen doch ohne Gefahr, denn das Land und die großen Staatskörper würden ihm ihren ergebenen Beistand leisten.“

Turin, 12. Nov. Der König ist gestern Abend nach

Turin zurückgekehrt. — Die Zeitung „Benetia“ veröffentlicht folgende Depesche: „Gestern hat eine große Demonstration mit nationalen Fahnen, auf denen sich das sardynische Kreuz befand, in Biterbo stattgefunden. Die Bevölkerung dieser Provinz benötigte die Jahresfeier der Volksabstimmung, um die Annexion an das Königreich Italien zu verlangen.“

Madrid, 12. Nov. Die „Correspondencia“ meldet, daß General Yri zum militärischen und politischen Chef der spanischen Expedition gegen Mexiko ernannt worden ist. Die Archiduzenfrage wird demnächst geordnet werden.

Alexandrien, 11. Nov. Graf Chambord ist gestern hier gelandet; er wohnt im Pallast des Vizekönigs.

Zara, 11. Nov. (W. Z.) Türkscher Seite sind bedeutende Verstärkungen nach Trebinje abgegangen, und soll dadurch im Hauptquartier des Serdars der Erfolg in jener wichtigen Gegend als gesichert betrachtet werden.

Die Wahlbewegung in Preußen.

Die Wahlbewegung in Preußen, von lange her vorbereitet, dehnt sich immer weiter aus und ergreift immer mächtiger die Gemüther. Alle außerpreussischen Parteien, mögen sie dem mehr hoffnungsreichen, als bereits machtbewährten Staate sympathisch zugeneigt sein oder antipathisch gegenüber stehen, verfolgen mit gespannter Aufmerksamkeit die Entwicklung der dortigen Kämpfe, ein unwillkürliches, darum aber nur um so schlagenderes Zeugnis, wie innig und unlösbar die Zukunft Deutschlands mit der Gestaltung der Dinge in Preußen verknüpft ist.

In dem Wahlkampf sind dort, abgesehen von den für das große Ganze nicht in Betracht kommenden Fraktionen der Ultramontanen und der Polen, drei spezifisch politische Parteien aufgetreten, die allkonserervative, die streng konstitutionelle und die deutsche Fortschrittspartei. Die erste, durch alle ihre Anschauungen und Ueberlieferungen, durch ihre ganze Stellung dazu gedrängt, statt gesunder Erhaltung eine verkehrte Reaktionspolitik zu betreiben, hat zur Zeit und so lange keine Aussicht, als es ihr nicht gelungen ist, ihren innern Charakter zu echtem politischem Konservatismus zu reinigen. Die Bewegung, das Ringen nach neuen, beglückteren Zuständen ist in allen europäischen Nationen, es ist namentlich auch in den ungeheuren Massen des Orients so tief gedrungen, daß der Reaktion kaum momentane, rasch vorübergehende Triumphe in Aussicht gestellt werden können; und selbst die echt konservativen Kräfte werden für eine nicht kurze Periode durch die treibenden und vorwärts drängenden an Wirksamkeit überboten werden.

Gegenüber dem rückwärts schauenden Zunftthum haben sich die preussischen Whigs nach Art und Maß des erstrebten Fortschritts in zwei Parteien gespalten, deren Verhältnis zu einander, wie es die nächste Zukunft des Staats bestimmen wird, so auch die Aufmerksamkeit des übrigen Deutschlands hauptsächlich in Anspruch nimmt. Wir beklagen vor Allem die Spaltung selbst, welche die Gefahr nahe bringt, daß diejenigen, welche über die Nothwendigkeit und die Richtung des Fortschreitens im Wesentlichen einverstanden sind, durch Zwiespalt mehr erhebliche Fragen ihre Kräfte gegenseitig aufheben und so gegen ihren gemeinsamen Willen zum Stillstand

kommen. Jene Spaltung droht noch über dadurch, daß sie, scharf und beharrlich durchgeführt, ein Beweismittel darstellt, welches durch seine Macht berufen ist, an der Spitze der deutschen Staaten zu schreiten, an politischer Entwicklung hinter der Mehrzahl derselben zurückzubleiben. Der Gegensatz zwischen konstitutionellen und Demokraten, an welchem die höchsten Ziele des Jahres 1848 scheiterten, ist überall in Deutschland überwunden oder im Verschwinden begriffen. Soll er zum Verderben Preußens und des ganzen gemeinsamen Vaterlandes in Berlin verewigt werden?

Wir beklagen die drohende Thatsache, wir wollen aber Niemanden darum anklagen; es fehlt uns Beruf und Fähigkeit, über die innern Parteien Preußens, ihre Bedingungen und die ihnen auferlegten politischen Nothwendigkeiten zu urtheilen. Ihre Stellung zu Deutschland aber müssen wir uns klar machen.

Das Programm der deutschen Fortschrittspartei, von uns schon bei seinem ersten Auftreten zustimmend begrüßt, läßt in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig. Mit rückhaltloser Offenheit spricht es aus, daß für Preußen nicht minder als das übrige Deutschland eine feste Einigung aller deutschen Staaten nothwendig sei, nothwendig, um nur unsere nationale Existenz zu sichern, noch unentbehrlicher, um zu einem würdigen Dasein unter den Völkern Europas zu gelangen. In dieser Einsicht allein wurzelt die Möglichkeit jeden Fortschritts der deutschen Nationalität; nur die Ueberzeugung von der ernsten, unabwendbaren Noth wird die Bereitschaft zu den Opfern hervorrufen, die von allen Seiten gebracht werden müssen, soll die deutsche Einigung gelingen. Wir konstatiren mit Befriedigung, daß die Vorwürfe, welche der Fortschrittspartei in Preußen von ihren Gegnern gemacht werden, die deutsche Fahne nur als Aushängsbild für spezifisch demokratische Tendenzen zu mißbrauchen, bis jetzt durch die Thatsachen nicht bestätigt sind. Sie betont fortwährend, noch in den jüngst von ihr ausgegebenen Flugblättern, die Nothwendigkeit der Lösung der deutschen Frage mit ernstlichem Nachdruck; sie hat mit freiem Entschluß das allgemeine und gleiche Wahlrecht fallen lassen; ihre jüngst ausgegebene Wahlliste rechtfertigt nicht jenen gegen sie erhobenen Vorwurf. Wahr ist es auch, dieser Liste fehlen die Namen mancher Männer, welche zu den besten Preußen und zu den wärmsten Freunden der deutschen Sache zu rechnen wir nie verläugnen werden. Aber dieses Fehlen beruht doch schwerlich auf einem andern Grund, als auf jener unglückseligen Parteilichkeit, deren Unvermeidlichkeit wir Nichtpreußen dahingestellt sein lassen müssen, deren so wünschenswerthe Ausgleichung wie anderwärts so auch in Preußen sich von selbst geben wird; wenn die Genossen der verschiedenen Parteien sich als einzig erkennen in der jede andere an Wichtigkeit unendlich überragenden deutschen Frage.

Theilt denn aber, so könnte man fragen, die spezifisch konstitutionelle Partei diese Ueberzeugung? Glaubt sie nicht immer noch an die Möglichkeit; kämpft sie nicht immer noch für die Herstellung eines selbständigen Preußens, das höchstens etwa statt anderer ebenfalls als möglich gedachter Allianzen als dominirender Schutzherr mit den Mittel- und Kleinstaaten sich zu verbünden habe zu deren Sicherheit und zu seinem eigenen Vortheil? Manche Äußerungen der Partei, mehr noch ihr fast unbegreifliches Schweigen über die deutsche Frage könnten von argwöhnischen Gegnern so gedeutet werden. Wir sehen auch darin nur eine Folge des nun einmal gegebenen Gegenjages gegen die Demokratie, welcher so-

Kg. Der letzte Rathen.

(Fortsetzung aus Nr. 269.)

Lätitia setzte sich, seine Rückkehr zu erwarten. Alles, was sie leise sich sagte, war — „Oh, Wilhelm! — armer Wilhelm! — der so treu mich liebt, mich, die Andere so gar nicht liebt! Ich wandte mich von Dir ab in Deinem Glücksstand, soll ich aber nun Dich retten und mich verderben? — soll ich Alles Dir opfern?“ Doch ein innerer Trieb über die Stimme der Klugheit flüsterte Lätitia zu, daß sie, die das Eheband schließt und weiß, ihr Herz ist nicht bei'm Gatten, vorzüglich Weide opfert; vor Himmel und Erde thut sie einen falschen Treuschwur, der, wenn er von Menschen nicht schon vergolten, gewiß vom ewigen Richter geahndet wird.

Patric kam in großer Aufregung zurück. „Er stiehe nicht,“ sagte er; „er achte weder Kräfte noch Genferblut; er habe keine Freude im Leben, und der Tod sei das Beste; Lätitia, gehe zu ihm; rette ihn — Du allein kannst es.“

Wie kann ich ihn retten?“ rief Lätitia trauernd. „Indem Du ihn zum Fliehen drängst. Wir können Rösse nehmen und durch's Land nach Harwich reiten, von wo ein Schiff heim' Nacht nach Frankreich segelt. Ich weiß Das, denn auch ich hätte im Sinn, fortzugehen.“

„Du?“

„Einerlei...“ sagte Patric eilig. „Nur gehe zu Wilhelm, nütze ihm, sein Leben zu retten; er thut's, wenn Du ihn heisst.“

Er sprach befehlend, als ob die Liebe und Sorge für den Bruder den sanften, schlichteren Jüngling zum entschlossenen Mann umgewandelt hätte. Lätitia, verwundert und verwirrt, gehorchte unwillkürlich. Sie kam zum Ofen, der verhörrten Ansehens wie einer, der die Nacht in Glend, nicht mit Schlaf, verbracht hat, auf dem Boden des ehemaligen Knabenzimmers lag. Auf all' ihr Bitten und Flehen drehte er das Gesicht nur gegen die Wand, und antwortete nicht. Endlich winkte sein Bruder Lätitia fort.

„Mit Staunen betrachtete das Mädchen den so ganz Veränderten; all' seine unempfindliche Kälte war wie von ihm zerbrochen; seine Gestalt schien sich zur Würde aufzurichten, und in seinem Gesicht lag ein Adel, der es wunderbar veränderte. Lätitia schaute in ihm zum ersten Mal das Bild dessen, was er — sie wußte es — einst sein würde — ein herrlicher, ein wahrer Mann; der Mann, vor dem ein Frauenherz unwillkürlich in hingebender Unterwerfung sich beugte, leise sprach: „Ich habe Dich gefunden, Dich, mein höheres Selbst — mein Haupt, mein Erhalter, mein Führer.“

Patric stand eine Weile schweigend da, indem er bald ihr in's Gesicht sah, bald selbst, wie in immer ringender Pein, die Wände senkte. Endlich sagte er mit feierlichem Ernst: „Lätitia, Das ist keine Zeit zu müßigen Bedenken. Ich weiß Alles, was gestern vorging. Ich weiß auch, daß es nur Eine Möglichkeit gibt, sonst ist Wilhelm verloren. Ist Dein Wille so fest, daß nichts ihn ändern kann? Muß er sterben, weil er Dich liebt — mein theurer, mein herrlicher Bruder, den zu retten ich mein arbeitsreiches Leben hingäbe? Lätitia, in dieser höchsten Bedrängnis sehe ich Dich an — ja ich —“ und er schanderte schillig. — „Rebente, was Du thust. Es ist etwas Furchtbares, Leben und Tod in Deinen Händen zu haben. Höre mein heißes Bitten, laß ihn Dich lieben, und glücklich sein.“

Lätitia horchte seiner Rede, — langsam aber und langsam wich das reiche Blut aus ihrem Antlitz; sie ward starr, weiß, und kalt; nur in ihren Augen noch lebte Leben, und die hasteten auf Patric, als wäre es der letzte Blick einer Sterbenden.

„Antworte mir,“ sagte sie mit abgemessener, tonloser Stimme, „antworte mir wahr, bei Deiner Seele. Verlangst Du Das von mir? Ist's Dein Wunsch, daß ich Deines Bruders Weib werde?“

„Mein Wunsch — mein Wunsch!“ murmelte er; dann aber kam seine Antwort hell und deutlich, wie Einer die Worte spricht, die das Urtheil eines ganzen Lebens fällen. „Vor Gott — ja!“

Lätitia gab ihm die Hand, und er führte sie wieder zu seinem Bruder.

„Ich brauche nicht zu bleiben,“ flüsterte er; „Du, Lätitia, wirst Alles sagen — sag's besser gleich!“

Sie sah Patric mit verstörtem unsicherem Ausdruck an, und begann dann:

„Gott segne — Wilhelm, meine ich — ich — ich —“

„Mehr sprach sie nicht, sondern fiel zu Patric's Füßen in todtengleicher Ohnmacht nieder.“

Lätitia lag mehrere Stunden bewußtlos. Für sie gab es keine Abschiedsgrüße; als sie erwachte, waren keine Brüder fort. Um ihren Nacken fand sie eine goldene Kette, und an ihrem Finger einen Ring, die einzigen Andenken der letzten leidenschaftlichen Umarmungen, die Wilhelm an sie verschwendet hatte, in der er nunmehr seine Verlobte sah; sie selber aber hatte von nichts eine Erinnerung; und als man das Vorgegangene ihr berichtete, schluderte sie Ring und Kette von sich, und stiehe zum Himmel um den Tod, bevor der Graf wiederkehrte, ihren Treuschwur als sein Weib zu begehren.

Ueber den jüngern Rathen konnte sie nichts erfahren, weder von ihrem verstörten Vater noch von ihrer alten Wärterin, als — daß Patric mit Gewalt seinen Bruder weggezogen habe; er hatte nur ein freundliches Lebewohl an seine Schwester aufgetragen, sonst kein Wort gesprochen.

In der Dämmerung stand Lätitia von ihrem Lager auf; sie konnte, wie unermesslich elend sie sich auch fühlte, ihren guten Vater doch nicht vernachlässigen. Alle ihre Sinne hatten aber eine solche Betäubung erlitten, daß sie für Gegenwärtiges oder Zukünftiges noch kaum empfänglich war. Fast als ob nichts vorgefallen wäre, sah sie da, indem sie des alten Mannes abgedrohenem Gepolter zuhörte, oder den zierlichen Rauchringeln des virginischen Krauts zusah, das Ritter Walter Kalsch eben aus dem Neuen Lande herüber eingeführt hatte, und mit welcher seltenen Köstlichkeit ihr Vater durch des jungen Grafen Freundschaft versorgt worden war. (Fortsetzung folgt.)

gar unter Verkennung des Vortheils die Fahne des Gegners bloß deshalb, weil dieser sie erwählt, nicht entfalten wolle, obgleich sie in Wahrheit auch die eigene ist.

Zunere Fragen, über welche wir uns billig jeden Urtheils enthalten, drohen in Preußen eine Spaltung der großen liberal-nationalen Partei; die deutsche Frage, zu deren Inangriffnahme alle partikularen wie alle gemeinsamen Interessen drängen, wird das innerlich Geheime nicht auseinander fallen lassen.

Auch für deren raschere oder behutsamere Behandlung scheinen allerdings die Ansichten auseinander gehen zu wollen; aber die Fähigkeit und das Bedürfnis der Zeit werden hier von selbst zu einer vermittelnden Entscheidung führen.

Die Anhänger des Bundesrats selbst haben die Frage der deutschen Gesetzgebung in hastiger Eile urtheilt; sie muß und sie kann jetzt in dem Sinne gelöst werden, daß eine gewisse Gemeinsamkeit des deutschen Rechts, ideales und reales Bedürfnis unseres

Volkes sei, das aber nur unter wirklicher Wahrung der konstitutionellen Rechte befriedigt werden dürfe; der Anlaß, für eine wenigstens ad hoc gemeinsame Volksvertretung zu wirken, ist gegeben und kann ohne schwer sich rühendes Verschmähen nicht übergangen werden.

Das kirchliche Recht ist bis heute vom Bundesrat nicht zu den eilenden Sachen gerechnet; wenn in der preussischen Kammer Konstitutionelle und Demokraten in imposanter Majorität vereint darauf drängen, daß Preußen, wo es das Recht gilt, sich nicht majorisieren lasse und durch seine Macht dem in der Minorität gebliebenen Recht zum Sieg verhelfe, so hätte damit auch die deutsche Sache einen glänzenden Fortschritt gemacht.

Wenn diese selbst in ihrer prinzipiellen Bedeutung aufzugreifen die Konstitutionellen zur Zeit Bedenken zu tragen scheinen, wie vor einem verfrühten Schritt, so mögen sie bei dem Drängen ihrer Gegner nicht übersehen, daß allzu ängstliches Zaudern nicht minder ein Fehler ist wie überfürgende Hast, und daß vor dem zweiten entscheidenden der erste vorbereitende Schritt gethan sein muß.

Und wer die düstern Wolkeln betrachtet, die immer dichter und massiger im Osten sich sammeln, muß zugestehen, jeden Tag können Ereignisse über uns hereinbrechen, welche verlangen, daß wir in voller Bereitschaft dastehen. Wir werden zu dieser nur dann gelangen, wenn mit Vereinfachung aller untergeordneten Fragen die große national-liberale Partei ihre Einheit und damit ihre Kraft bewahrt.

Deutschland. Vom Neckar, 12. Nov. Die durch die Ernennung des Bibliothekars an der Universitätsbibliothek zu Heidelberg, Hrn. Dr. Weil, zum Professor der orientalischen Sprache und Literatur an dortiger Hochschule frei gewordene Stelle wurde provisorisch dem Hrn. Dr. Bender aus Frankfurt übertragen, welcher schon längere Zeit an der genannten Universitätsbibliothek thätig gewesen ist und zu diesem Geschäfte sich tüchtig bewiesen hat.

Vom Oberrhein, 14. Nov. Dem Vernehmen nach wird von einer Anzahl badischer Aerzte eine Petition an das großh. Ministerium des Innern vorbereitet, welche die Aufhebung der Medizinaktsordnung dringend befürwortet. Diese Tarordnung wurde schon längst als unzeitgemäß erkannt, und namentlich im Jahr 1858 mehrfache Reformen in dieser Beziehung in Aussicht gestellt.

Stuttgart, 13. Nov. (Sch. M.) Von der staatsrechtlichen Kommission der Kammer der Abgeordneten ist der Bericht über den Gesetzentwurf, betr. die Regelung des Verhältnisses der Staatsgewalt zur katholischen Kirche, ausgegeben. Berichterstatter ist Sarwey, Mitberichterhatter Probst. Das Correferat des Letztern ist als Minderheitsbericht besonders gedruckt. Der Mehrheitsbericht sagt nach Erinnerung an den Kammerbeschluss vom 16. März 1861 über das Konfordat, daß der Antrag, auf

Berathung des Gesetzentwurfs einzugehen, keiner weiteren Begründung bedürfe. Mit diesem Antrag sind die Kommissionsmitglieder v. Camerer, Hager, v. Mathes, Planck, Probst, Schuster, Sarwey einverstanden. Domkapit. v. Riß stellt den Antrag: über den Gesetzentwurf zur Tagesordnung überzugehen, da derselbe nach Tendenz und Fassung mehrerer Artikel in das autonome Gebiet der katholischen Kirche übergreife und deren Rechte und Interessen vielfach verlege.

Die nähere Begründung dieses Antrags behält sich der Hr. Domkapit. für die Verhandlungen bevor. Sofort geht der Bericht nach einigen allgemeinen Bemerkungen, denen die entsprechende Ausführung des Minderheitsberichts gegenübersteht, auf die einzelnen Artikel ein. Wir heben für heute folgende hervor: Den Art. 1 (Placet) beantragt die Kommission mit den 5 Stimmen der Abgg. v. Mathes, Hager, Planck, Sarwey, Schuster, gegen die 3 Stimmen v. Camerer, Probst, v. Riß mit folgendem Zusatz anzunehmen: Die vorstehenden Bestimmungen treten bezüglich der Verbordnungen der katholischen Kirchengewalt an die Stelle des hierdurch unter Beobachtung der Vorschrift des §. 176 der Verf.-Urk. aufgehobenen zweiten Satzes des §. 72 der Verf.-Urk.

Das Kommissionsmitglied v. Mathes ist diesem Antrag nur mit der Beschränkung beigetreten, daß die Worte „welche immer nur von dem Bischof verfaßt und angewendet werden dürfen“ getrichen werden, da in dieser Bestimmung ein Eingriff in die kirchliche Autonomie erblickt werden müsse. Die Minderheit stellt den Antrag, anstatt des Art. 1 des Entw. auszusprechen: Die Anordnungen der katholischen Kirchenbehörden dürfen den allgemeinen Staatsgesetzen nicht widersprechen und können die Erfüllung bürgerlicher Pflichten nicht beeinträchtigen.

Der zweite Satz des §. 72 der Verfassung ist in Abt. auf die Verbordnungen der katholischen Kirchengewalt aufgehoben. Bei Artikel 11 (Oberaufsicht des Staats über die Konvikte) ist unveränderte Annahme von Hager, Planck, Sarwey beantragt. Die Mehrheit, v. Camerer, v. Mathes, Probst, v. Riß, Schuster, beantragt zu setzen: Die Konvikte in Tübingen, Ebingen und Rottweil stehen in Abt. auf die religiöse Erziehung und Hausordnung unter der Leitung des Bischofs. In den übrigen Bezirken, insbesondere der Aufnahme und Entlassung der Höglinge, stehen dieselben neben dem geordneten bischöflichen Einfluß unter der Leitung des Staats.

Auch bei den Artikeln 13 (Oberaufsicht des Staatsgewalt über die dem Bischof zustehende Leitung des Religionsunterrichts in den kathol. Volksschulen) und 14 (Verfügungen gegen Lehrer der kathol. Fakultät nur von der Staatsregierung) beantragt jene 3 Abg. Annahme (bei Art. 14 mit Weglassung der Worte „hierin maßgebend“ in dem Satz: „nach dem hierin maßgebenden Urtheil des Bischofs“), die Mehrheit beantragt Annahme (in Abt. 2 wollen 4 Stimmen eine Fassungsänderung). Art. 16 (Widerrücklichkeit der Gelübde) wollen 4 Stimmen, v. Camerer, v. Mathes, Probst v. Riß, streichen, die 4 andern beibehalten. Den Art. 23 (dem Konfordat komme eine rechtlich verbindende Kraft nicht zu) beantragt die Kommission mit den 5 Stimmen von Hager, v. Mathes, Planck, Sarwey, Schuster anzunehmen.

v. Mathes begründet seine Abstimmung ausdrücklich mit der Berufung auf den Beschluß der Kammer der Abgeordneten vom 16. März 1861 und auf die hieraus sich ergebende Nothwendigkeit, denselben als den Ausgangspunkt der Abstimmung zu betrachten. v. Camerer und Probst beantragen, den Art. 23 mit dem Zusatz: „kommt von Staats wegen eine rechtlich verbindende Kraft nicht zu“ anzunehmen. Domkapit. v. Riß beantragt, mit dem Vorbehalt der spätern Begründung, den Art. 23 abzulehnen.

Aus Hohenzollern, 10. Nov. (Sch. M.) In Sigmaringen hat die gestern erfolgte Verhaftung des Kaisers W. an der f. Landeskasse großes Aufsehen erregt. Derselbe genoss allgemein den Ruf eines in günstigen Lebensverhältnissen lebenden Mannes und eines pünktlichen Kassenbeamten. Er hatte mit einem ansehnlichen Gehalt zwei Kassen zu verwalten, die bedeutende Landeskasse für Hohenzollern und die Bezirks-Steuerkasse des f. Oberamts Sigmaringen. Für letztere Kasse trieb er die Steuern mit großer Pünktlichkeit ein, quittirte vollständig, trug aber nur einen Theil der eingezahlten Steuern in das Kassenbuch ein; die in Ausstand geschriebenen Beträge wurden von ihm in eigenen Nutzen verwendet. Wegen Auswühlens dieser angeblichen Steuerrückstände auf eine bedeutende Höhe verfügte die f. Regierung die sofortige Verhaftung derselben. Hierdurch in die Enge getrieben und ohne Besitz von Vermögen stellte sich der Kaiserer aus freien Stücken zum Bekennniß seines Verbrochens, worauf nach einer kurzen Verhandlung seine Verhaftung angeordnet wurde.

Braunschweig, 12. Nov. (Kff. Bl.) Wie bereits telegraphisch gemeldet ist, wurde in der gestrigen Sitzung des Ausschusses der deutschen Schützenvereine beschlossen, daß die in seinen Beratungen angenommenen Satzungen des deutschen Schützenbundes vom Tage der Publikation in dem zu gründenden Bundesorgan an in Kraft treten sollen. Eine Uebergangsbestimmung in den Satzungen läßt den jetzigen Ausschuss noch bis zum 1. Oktober 1862 in Wirksamkeit. Als einheitliche Waffe und Kaliber wurde der Schweizer Ordnungszug mit einer unbedeutenden Aenderung des Kolbens angenommen. Es soll in der Regel nur mit dieser Waffe nach der Feldschreibe geschossen werden; ausnahmsweise und unter gewissen Bedingungen werden aber auch andere Waffen zum Schuß auf die Feldschreibe zugelassen. Außerdem wurde beschlossen, folgenden Aufruf zu erlassen:

Aufruf an die deutschen Schützen. Der Ausschuss des deutschen Schützenbundes hat so eben auf der Konferenz darüber die Bundesatzungen nebst der Fest- und Schießordnung endgiltig festgestellt, sowie auch die Bundeswaffe bestimmt. Die befalligen näheren Bestimmungen erfolgen in der nächsten Nummer des Bundesorgans, der in Koburg erscheinenden Deutschen Schützen- und Wehrzeitung. Der deutsche

Schützenbund ist somit vollendet. Der Zweck desselben ist die Verbrüderung aller deutschen Schützen, Bervollkommnung in der Kunst des Büchsen-schießens und Hebung der Wehrfähigkeit des deutschen Volkes. Jeder deutsche Schütze ist in der Lage, sich entscheiden zu können, ob er dem Bunde beitreten will oder nicht. Der Ausschuss legt es Allen dringend ans Herz, das Ihrige zur Förderung dieser neuen nationalen Schöpfung beizutragen. Braunschweig, 12. Nov. 1861. — Der Ausschuss des deutschen Schützenbundes.

Berlin, 12. Nov. Einer Mittheilung der Köln. Ztg. zufolge reduziert sich der angebliche Vertrag zwischen Oesterreich und der Türkei auf einen diplomatischen Gedankenaustausch zwischen beiden Regierungen, der gewisse Eventualitäten ins Auge gefaßt hat. — Preußen soll — wohl durch gewisse Schwierigkeiten, die sich in den Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Frankreich ergeben haben, veranlaßt — bei den Zollvereins-Regierungen eine Reform des Zollvereins-Tarifs in mehreren Punkten in Anregung gebracht haben. — Die belgische Regierung hat mit sämmtlichen befreundeten Regierungen offizielle Unterhandlungen wegen der Abkündigung des Scheldesollens angeknüpft. Der Zoll soll kapitalisirt und die Abkündigungsumme der holländischen Regierung ausgegahlt werden. — Die Gelder, welche dem Kriegs-Ministerium aus den Sammlungen zum Baue einer Flotte zugesprochen sind und noch zuzulassen, sind bei der f. Bank zinslos angelegt.

Berlin, 12. Nov. Die „Sternzeitung“ ist in der Lage, den Inhalt der Antworten mitzutheilen, welche Ihre Majestät den Berichtern der Stadt Breslau auf deren eifrigstvolle Anprache gegeben. Der König erwiederte dem Oberbürgermeister folgende Antwort: Ich danke Ihnen von Herzen für die patriotischen Bemerkungen, welche Sie mir Namens der Stadt ausgesprochen haben, und ebenso für die Herlichkeit, mit welcher Ich empfangen werde. Die Worte, welche Sie so eben an Mich gerichtet, haben Mich tief bewegt, denn sie bezeugen, was die Vergangenheit geleistet und was die Gegenwart und Zukunft zu vollbringen und zu befehlen hat. Wenn des Aufstehens der Stadt unter Meinen königlichen Vorgängern gedacht worden ist, so habe Ich selbst noch eben die Königin, Meine Gemahlin, auf die Umgestaltung der Stelle, wo die Ehrenforte steht, auf den ganz neuen Stadtheil aufmerksam gemacht, der Zeugnis von dem Gedenken der Stadt Breslau gibt. Aber es sind noch andere Gründe, welche Meine Seele erfüllen. Welche Erinnerungen aus Meiner Jugendzeit Mich an Breslau knüpfen, habe Ich hier ausgesprochen, da Ich hier die Erhebung der Nation im Jahr 1813 erlebt habe. Es sind Erinnerungen an die Zeiten großer Thaten, die von hier ausgingen, dem Vaterlande geleistet wurden, und des dankbaren Andenkens an die Männer, die sie vollbrachten! Der Friede hat nun seine Segnungen auch über Breslau ausgeschüttet; Ich habe die schöne Aufgabe, diese Segnungen des Friedens dem theuern Vaterlande zu erhalten, und Ich freue Mich des Bewusstseins, dadurch noch manches schöne Werk fördern zu können. Aber Ich weiß auch, daß die Thure dieser herrlichen Stadt auch im Wechsel der Zeiten dem Königs hause geschlossen bleiben und sie dann gewiß, wie damals, mit ebem Beispiel vorangehen wird.

Mit nochmaligem anerkennendem Dank schloß Sr. Majestät die Antwort. Die Königin antwortete dem Stadtvorordneten-Vorsteher: Ich bin tief gerührt von den herrlichen Worten, mit denen Sie Mich hier begrüßen. Es war Mein langjähriger Wunsch, in den Mauern Ihrer erhabenen Stadt zu weilen, und nun, da Ich mit Meinem Gemahl und Meinem Sohne hier bin, liegt es Mir am Herzen, Ihnen Meine innigsten Wünsche für das Wohl Aller auszusprechen, in deren Mitte Mir so erhabene Ehrendiade zu Theil werden.

Die „Sternzeitung“ erwähnt noch, daß der König den Mitgliedern der Regierung sagte, in dem letzten Ministerialrath über die Wahlen sei nun sein Wille ausgesprochen, und dabei werde er unter allen Umständen bleiben.

Berlin, 13. Nov. Gutem Vernehmen nach ist auch für die Dauer der jetzigen Abwesenheit des Fürsten von Hohenzollern dessen Stellvertretung im Präsidium des Ministeriums ohne weitere Formlichkeit an den Staatsminister v. Auerswald übergegangen. Gleichzeitig hat Hr. v. Auerswald die interimistische Wahrnehmung der Funktionen erhalten, welche mit dem Vorsitz im Ministerium verbunden sind. Daffin gehören namentlich das Präsidium des Staatsraths und die Oberleitung des Archiwesens. Eine zentrale Leitung der Staatsgeschäfte als dirigirender Ministerpräsident ist demselben nicht übertragen worden. — Wie jetzt auch die ministerielle „Sternzeitung“ meldet, hat der französische Bevollmächtigte Hr. De Clercq noch keineswegs Berlin verlassen. Derselbe war vorgestern beim Minister des Auswärtigen, Grafen Bernstorff, und hatte an diesem Tag auch wieder eine Verhandlung mit den diesseitigen Kommissären. Ebenso weiß Hr. De Clercq noch heute hier. Wahrscheinlich wird derselbe aber in einigen Tagen nach Paris abreisen. Wenn die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Frankreich auch eine längere Unterbrechung erfahren dürften, so soll es doch gegenwärtig noch zweifelhaft sein, daß deren definitive Abbruch erfolgen werde. Immerhin scheinen aber sehr bedeutende Schwierigkeiten sich der Einigung entgegenzustellen. — Die hiesige Wahlbewegung gewinnt mit jedem Tag an Lebhaftigkeit. In den Bezirksversammlungen hat sich bis jetzt eine nicht unbeträchtliche Mehrheit von Anhängern der Fortschrittspartei herausgestellt. Der Generalstaubagen, früherer Berichterstatter über die Militärfrage, und der Professor Mommsen, welche sich unter den von dieser Partei empfohlenen Wahlkandidaten befinden, haben erklärt, kein Abgeordnetenmandat annehmen zu wollen. — Die ministerielle „Allg. Preuss. Ztg.“ setzt ihre Polemik gegen die Kandidatenliste der Fortschrittspartei fort und erklärt dieselbe andauernd für ein Zeugnis entschiedener oppositioneller Richtung. — Sonst wohlorientirte Personen widersprechen mit Bestimmtheit dem in einem Theil der Presse umlaufenden Gerücht, daß Preußen in der Dampftal- Frage bei Frankreich und der Schweiz seine Vermittlung angeboten habe.

Dresden, 13. Nov. Eine von dem Ministerium des Innern erlassene Bekanntmachung erklärt alle in dem be-

kannten Kammerbericht über die Rang'sche Beschwerde...
Es ist unwahr, daß der dort genannte Rang das Manuscript zu dem fraglichen Buche an den Geh. Rath Körner allhier geschickt, oder daß der letztere mit jenem Rang bei dieser oder bei einer andern Gelegenheit jemals mittelbar oder unmittelbar in Korrespondenz oder sonstiger Verbindung gestanden habe.

Es ist ferner unwahr, daß der Geh. Rath Körner jemals Vorstand der Polizei in hiesiger Stadt gewesen sei und das fragliche Manuscript angekauft habe oder habe ankaufen lassen; ingleichen daß derselbe den bei der hiesigen Polizeidirektion angestellten Polizeirath Müller zur Bervollständigung oder sonstigen Bearbeitung und Herausgabe des Rang'schen Manuscripts beauftragt habe. Es ist eben so unwahr, daß das ungesetzliche Ministerium seine Genehmigung zur Herausgabe des fraglichen Werkes gegeben habe. Es ist endlich unwahr, daß der Geh. Rath Körner das letztere verschickt und daß derselbe späterhin noch Berichtigungen zu dem Werke habe nachtragen lassen. Der Geh. Rath Körner hat bei der Herausgabe und Veröffentlichung des mehrgedachten Werkes, überhaupt in Bezug auf dessen Erscheinen, in keiner Weise mitgewirkt. Der Polizeirath Müller hat denselben einmal mitgetheilt, daß er, als der damalige Redakteur des „Allgemeinen Polizeianzeigers“, von einem auswärtigen Beamten ein Verzeichniß derjenigen Personen in den deutschen und außerdeutschen Ländern empfangen habe, welche wegen der in den Jahren 1848 und 1849 hie und da stattgefundenen revolutionären Bewegung zur gerichtlichen Untersuchung und Verhaftung gezogen worden seien, und daß er dasselbe genauer bearbeitet und Jobann auf seine Rechnung drucken lassen, jedoch nicht durch den Buchhandel im Publikum verbreiten, sondern lediglich an Polizeibehörden ablassen wolle. Darauf ist ihm aber vom Geh. Rath Körner der Rath erteilt worden, von dem ganzen Unternehmen abzusehen, weil es ihm bei der nach seiner Aufgabe beabsichtigten Ausdehnung des Werkes gar nicht möglich sein würde, über die betreffenden Personen aus den verschiedenen Ländern sichere und aktenmäßige Nachrichten zu erlangen. Es ist jedoch späterhin das Werk von dem Polizeirath Müller, ohne Nennung des Verfassers, herausgegeben worden.

Wien, 11. Nov. Dem „Sürgöny“ wird geschrieben, daß die bisherigen Erlasse für Ungarn durch ein aus 25 Paragraphen bestehendes Reglement über den Wirkungskreis des Statthalters ergänzt worden sind. Darnach ist der Statthalter für die zweckmäßige und energische Handhabung der ihm übertragenen Amtsgewalt und für alle von ihm veranlaßten oder ergangenen Beschlüsse und Vorsetzungen verantwortlich. Er ist berechtigt, von den ungarischen Justiz- und Finanzbehörden Aufstellungen und Einsendung von Aktenstücken zu verlangen. Er übt über alle Verwaltungsbeamten die Disziplinalgewalt; ernannt in Dfen und Pesth die Bürgermeister und Stadtrichter; handhabt insbesondere die Ueberwachung der Presse, der damit verbundenen Unternehmungen, der Vereine, der Theater, des Pils- und Fremdenwesens. Auch ist ihm das Vorschlagsrecht für Erhebungen in den Adelsstand, sowie für Verleihungen von Orden, Titeln und Auszeichnungen vorbehalten. Die oberste Leitung der Polizei steht ihm im ganzen Lande zu; seine Pflicht ist, jede Störung der öffentlichen Sicherheit nötigenfalls mit Militärmacht zu unterdrücken. Er präsidiert den Beratungen der Statthalterei, kontrollirt die gesammte politische Verwaltung, sorgt für die gefegmäßige Kundmachung der allerhöchsten Befehle und der Anordnungen jener Zentralstellen, deren Wirkungskreis sich nach dem Oktoberdiplom auch auf Ungarn ausdehnt, und erledigt endlich alle Angelegenheiten, welche ihm von dem König oder von der Hofkanzlei oder von den erwähnten Zentralstellen unmittelbar zur persönlichen Verrichtung zugewiesen werden. Außerdem ist noch eine Instruktion für die Obergespanne und königliche Kommissäre erlassen worden. Die Stadtrepräsentanz und der Magistrat von Preßburg haben am Donnerstag mit Vorbehalt ihrer Rechte abgedankt. Man klagt in Preßburg, daß seit den jüngsten Maßregeln der Regierung Beamte oft an öffentlichen Orten sehr beleidigend gegen Ungarn auftraten.

Wien, 12. Nov. Die „Dessler. Ztg.“ meldet, als bestimmt, daß die vom Justizminister Fejrv. v. Prato beder eingereichte Entlassung angenommen worden ist. Zum kroatisch-slavonischen Hofkanzler soll Fejrv. v. Mazuranc, Präsident des nun in eine Hofkanzlei zu konvertirenden kroatisch-slavonischen Hofkassensystems, designirt sein. Der „Wanderer“ zeigt an: „Im Auftrag des hiesigen k. k. Landesgerichts hat heute Morgen durch die Sicherheitsbehörde eine Hausdurchsuchung in den Lokalitäten unserer Redaktion und Druckerei, beaufsichtigt von Manuskripten einiger, die ungarische Frage behandelnden Artikel unseres Blattes, stattgefunden.“ Der „Sachse“ in Siebenbürgen, Baron v. Salmen, hat die sächsische Nationaluniversität auf den 20. Nov. einberufen, um die für den siebenbürgischen Landtag in dem allerb. Reskript vom 19. Sept. 1861 angeforderten Vorlagen: Inaukuirung der rumänischen Nation, Kandidatur der durch die Wahl der Landstände zu besetzenden Kardinalämter, Wahl der Abgeordneten in den österreichischen Reichsrath und Abänderungen im österreichischen Zivil- und Strafgesetzbuch, vorzubereiten. Wenn die uns aber von Wien mitgetheilten Nachrichten richtig sind, so wird natürlich auch die Embarssung der sächsischen Nation hinsichtlich.

Frankreich

Paris, 13. Nov. Dr. Veron erklärt heute im „Constitutionnel“, daß das gestern von ihm angekündigte politische und finanzielle Ereigniß in Folge des gestern Morgen unter dem Vorsitz des Kaisers stattgehabten Ministerraths verlagert worden sei. (S. die telegr. Mittheilung aus Paris an der Spitze des Blattes.) — Hr. Natuzzi, welcher heute Morgen in Turin eintraf, hatte sofort eine Unterredung mit Hr. Ricasoli. Es ist kaum zu erwarten, daß die beiden Herren sich werden verständigen können. — Der „Temps“ hat Briefe aus Neapel, 9., und Sorra, 5. Nov. Nach diesen Briefen haben die „Brigandi“ Castelluccio besetzt und die dortige Garnison gezwungen, sich auf Isola zurückzuziehen; denselben Briefen zufolge kamen seit einigen Tagen eben die-

sen Briganden aus Rom Kleider, Waffen, Verpfändungen und Offiziere zu. Die Franzosen an der Grenze — sagt der Korrespondent — lassen gewähren. Dasselbe Blatt behauptet aus guter Quelle zu wissen, daß man über die Andeutung auf einen Kongreß katholischer Mächte zur Regelung der römischen Frage (welche Donnell der Königin von Spanien in den Mund legte) im hiesigen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten durchaus nichts wisse. — Prinz Napoleon hat heute Hr. Fould in Privataudienz empfangen. Der Prinz wird sich in Angelegenheiten der Industrieausstellung auf einige Tage nach London begeben. — Die Nachricht vom Tode des Vater Lacordaire ist verfrüht, wenigstens sein Zustand keine Hoffnung übrig läßt. Zwei Brüder des Kranken, mehrere Superioren der Dominikaner, Hr. v. Montalembert und Dr. Falloux sind eiligst nach Sorre abgereist. — Folgendes sind die Motive des von dem Handelsgericht zu Marseille in der Affaire der neapolit. Flotte gefällten Urtheils: „In Betracht, daß Franz II. noch auf seinem Gebiete war, kämpfend für die Aufrechterhaltung seiner Rechte, und umgeben von seinen Ministern und den Gesandten der meisten Mächte; in Betracht, daß die französische Regierung, obwohl sie nicht mehr in Gaeta repräsentirt war, doch Franz II. als König behandelte und keine andere Souveränität anerkannte: weist das Konsul Italiens ab und verurtheilt die Garantieforderung.“ — 3proz. 69. Dk 578.75. Nov. 747.50.

Niederlande

Haag, 12. Nov. Die offizielle Zeitung veröffentlicht den königl. Erlass, durch welchen die Demission des Barons Juylen angenommen wird. Der König hat dem Baron Juylen das Kommandeurkreuz des Ordens des niederländischen Löwen verliehen. — Dr. Strens, Minister des kath. Kultus, ist provisorisch mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt.

Dänemark

Kopenhagen, 10. Nov. (N. Pr. Z.) Die dänische Regierung hat bei der Schiffbau-Gesellschaft der Themse zwei eisengepanzte Kanonenboote bestellt. Sie sollen 483 Tonnen Gehalt haben, bombensicher und mit 2 1/2 Zoll dicken Platten beschlagen sein. Ihre Armirung wird aus einem 68- und zwei 40-Pfündern bestehen.

Amerika

Neu-York, 29. Okt. (Köln. Ztg.) Die jüngste unglückliche Affaire bei Edwards Ferry oder Ball's Bluff am mittleren Potomac, etwa 25 Meilen nordwestlich von Washington, ist eine zweite und verschlimmerte Auflage jener Fahrt des Generals Schenck von Dago, der bei Vienna auf ein paar Lokomotiven mitten in den Feind drang, und natürlich die Mehrzahl seiner Leute einbüßte. Diesmal war der General kein Advokat oder Politiker, sondern ein regulärer, in Westpoint gebildeter Offizier Namens Stone, der von jedem preussischen auserkürzten Rekruten mit Nutzen Unterricht in der höhern Kriegskunst hätte nehmen können. Stone stand am linken Potomacufer, Leesburg schräg gegenüber; der Fluß ist hier sehr reißend und hat noch steilere Ufer. Stone schickte am 21. d. M. eine Kompanie zum Rekognosciren aus; diese findet den Weg nach Leesburg frei, da der Feind in den denselben begrenzenden Wäldern lag. Stone beschließt deshalb, Leesburg zu nehmen, und setzt im Lauf des Tages, etwa 1700 M. über, die von den Feinden vorgelodet und dann furchtbar zusammengeschauert werden. Die Bundesstruppen kämpften mit dem Muthe der Verzweiflung, der tapferer Senator von Oregon und Oberst Baker, der, indem er Befehl zum Vorrücken ergab, ausruft: „das ist mein Todesurtheil!“ fällt an der Spitze seines Regiments, von acht Kugeln durchbohrt. Ueber den Fluß können die von der Uebermacht Ueberwältigten nicht zurück, weil sie nicht ein einziges Fahrzeug haben und weil Stone ihnen auch keine schicken kann. Das einzige Boot, das sich mit Flüchtigen fällt, schlägt um und begräbt 50 Mann in den Wellen des angeschwollenen und reißenden Flusses. Hunderte stürzen sich hinein; aber die Mehrzahl ertrinkt, und was in den Fluthen nicht umkommt, wird von den auf der Höhe postirten Feinden erschossen. Es war ein furchtbares Gemisch; an drei Küsteln der ausgeschauerten Streitmacht kehrten nicht zurück. Stone stand unthätig am gegenüberliegenden Ufer, da er eben wegen Mangels an Fahrzeugen keine Hilfe schicken konnte.

Neu-York, 31. Okt. Die Abberufung Fremont's scheint nun vollzogen zu sein. Am 26. d. — so berichten amerikanische Blätter — schickte der Präsident einen Kurier an den Kommandirenden in St. Louis, General Curtis, mit dem Abberufungsschreiben für Fremont und Befehlungsbeschlüssen für dessen Nachfolger, General Hunter. General Curtis war angewiesen, das Schreiben dem Erhaltenen sofort einzuhändigen, vorausgesetzt, daß er nicht gerade mit dem Feinde engagirt sei oder sich zu einer Schlacht vorbereite. Jetzt ist auch ein Brief veröffentlicht worden, den Garibaldi am 10. Sept. von Caprea aus an den amerikanischen Konsul in Antwerpen gerichtet hatte. Er lautet:

Mein werther Herr! Ich habe Hr. Cayford gesprochen und ihm mit Bedauern sagen müssen, daß ich bereit nicht im Stande bin, nach Amerika zu gehen. Ich weisse nicht an dem Sieg, und zwar an dem raschen Sieg der Union; sollte jedoch unglücklicher Weise der Krieg in Ihrem herrlichen Lande von längerer Dauer sein, so werde ich alle Hindernisse, die mich hier festhalten, überwinden und zur Vertheidigung eines Volkes eilen, das mir so theuer ist. G. Garibaldi.

Die Handelskammern (zumal die von Boston) und die Regierung liegen einander noch immer in den Haaren, weil letztere sich gezwungen gesehen hat, Winterstoffe für die Armee aus Europa zu verschreiben. Die Bostoner Handelskammer behauptet, es seien in Amerika Vorräthe im Ueberflusse vorhanden, wogegen der General-Quartiermeister (Meigs) öffentlich erklärt, daß es ihm, allen Bemühungen zum Troz, nicht gelungen sei, die erforderlichen Stoffe im Lande anzuschaffen, daß der Mangel und nicht der Geldmangel bisher die Regierung beeinträchtigt habe, daß er 150,000 Stück Uni-

formen brauche, und daß er deren in Europa nicht für 5 oder gar 60 Mill. Doll., wie einige Blätter behauptet hatten, sondern bloß für 800,000 Doll. bestellt habe.

Die nach dem Süden ausgesandte Flotte n. expeditio soll von den widrigen Winden stark hergenommen worden sein. Unter den Weisungen, die sie mit auf den Weg erhielt, ist folgende charakteristisch für die behutsame Behandlung der Sklavenfrage von Seiten der Regierung:

Sie werden sich die Dienste eines Schweden, gleichgiltig, ob Einer von der Arbeit fähig geworden ist (Nüchliche Sklaven) oder nicht, zu Nutzen machen, wenn sie Ihnen angeboten werden. Sie werden derartige Personen nach Ermessen verwenden, entweder als gewöhnliche Employés, oder unter besonderen Verhältnissen in irgend einer andern Weise, in Kompagnien oder sonstwie, ganz nach Ihrem Ermessen, organisiert. Doch ist damit nicht gemeint, daß eine allgemeine Bewaffnung derselben zu militärischen Diensten vorgenommen werden soll. Sie werden allen loyalen Herren (Sklavenbesitzern) die Versicherung erteilen, daß der Kongreß sie für den Verlust der Dienste ihrer dergestalt verwendeten Leute auf gerechte Art entschädigen wird. Durch ein solches Vorgehen dürften die inhumanen Rechte der loyalen Eigenthümer am besten gesichert, und jede Einmischung in die sozialen Systeme und lokalen Institutionen eines jeden Staats beizugeht werden.

Nach einer solchen Instruktion wird die Abberufung Fremont's allerdings begreiflich. Von General Fremont (bei Hamansville, Mobile) und General Kelley (bei Romney in Virginien) werden siegreiche Gesefchte gemeldet. Beide waren jedoch nicht von Hauptkorps geliefert worden.

Aus San Francisco liegen telegraphische Berichte vom 26. vor. An diesem Tage war die dortige Wollensafabrikerie, im Werth von 66,000 Dollars, abgebrannt. Sie war für 40,000 Doll., darunter für 10,000 in Hamburg, versichert gewesen. Die Minenberichte aus Britisch Columbia lauten günstig.

Das Schiff „Sarah Chase“ war aus Hato dadi in Neu-York eingetroffen, und bringt die Nachricht mit, daß die Insel Sinta von den Russen nach einem kurzen Kampfe mit den Japanesen besetzt worden sei. Diese, ungefähr 30 Meilen lange und 15 Meilen breite Insel liegt mitten im Meer von Corea und bildet den Schlüssel zu den japanischen Gewässern.

Die „Abbeille“ aus Neu-Orleans meldet, es werde demnächst von dort eine regelmäßige 14tägige Postverbindung mit Europa (über Mexico) ins Leben treten. Die erste Post sei bereits auf dem Wege und nehme 1233 Briefe mit. Die zweite werde am 10. Nov. befördert werden. Sie gehen von Mexiko mit den englisch-westindischen Postdampfern weiter.

Bermischte Nachrichten

Karlsruhe, 14. Nov. Dieser Tage hat sich hier der seltene Fall ereignet, daß ein hochbetagtes Ehepaar so zu sagen zusammen starb. Die Gattin — hoch in den 70 Jahren — war zwei Tage vorher von einem Schlagflusse getroffen worden und verschied am 11. d. Abends; der Gatte, damals noch ganz gesund, hatte des andern Tages einen ähnlichen Anfall, dem er sofort erlag. Heute sollte ein gemeinsames Grab Beide aufnehmen.

Karlsruhe, 14. Nov. Den Gebrüdern Saurer ist in ihrem geistigen Konzert eine reiche Beifallsprobe zu Theil geworden. In der That leisteten sie für ihre Jahre Ueberraschendes. Besonders gilt dies von dem achtjährigen Violinisten Emil; derselbe befaßte eine für sein zartes Alter außerordentliche Fertigkeit und Sauberkeit des Spiels, verbunden mit dem Bestreben nach richtigem Ausdruck und Eleganz. Wir zweifeln nicht, daß diesem unverwundbaren Talente bei richtiger Leitung eine bedeutende Zukunft blühen kann. Auch der neunjährige August leistete auf dem Klavier Seltene; doch erfordert schon die Natur dieses Instrumentes eine physische Kraft, die diesem Alter noch nicht einwohnt. Auch zeigten die Koloraturen nicht überall jene Klarheit und Sauberkeit, die bereits der kleine Emil auf der Violine sich zu erwerben geübt hat. Dagegen zeichnet sich sein Spiel durch eine technische Geläufigkeit aus, die mühelos selbst über solche Stellen hinauskommt, welche schon gewisse Haken haben. Wir zweifeln nicht, daß die kleinen Brüder überall, wo sie auftreten, eine eben so warme Aufnahme finden werden, wie hier. Der Genus des Abends wurde noch erhöht durch die Mitwirkung von Frau, Deiner und den H. Lange und Stolzenberg. Letzterer sang u. A. mit vielem Erfolge zwei Lieber eigener Komposition.

Heidelberg, 13. Nov. Die auf den 1. Jan. 1862 zur Heimzahlung kommenden einzelnen Partial-Schuldverschreibungen der Stadt Heidelberg sind durch die planmäßig öffentlich vorgenommene Auslosung jetzt genau bezeichnet. Es sind solche vom Anlehen ad 70,000 fl., ad 60,000 fl. und ad 63,000 fl. Da vom 1. Jan. 1862 an die Verzinsung der ausgelosten Kapitalbeträge aufhört, diese aber zum Theil in Händen von Auswärtigen sind, so ist die Sache auch für ein größeres Publikum nicht ohne Interesse, zumal es öfter vorkommt, daß solche ausgelosten Partial-Schuldverschreibungen (wofol aus Mangel an gehöriger Kenntniß von der stattgehabten Auslosung) nicht zu rechter Zeit eingelöst werden und die Inhaber in Zinsenverlust kommen.

Letzter Tage stand in Luzern ein Uebendieb aus dem Ufah vor dem Bezirksgericht. Vom Präsidium befragt, was er zu seiner Vertheidigung anzubringen habe, hielt er folgenden Vortrag: „Ist wahr, ich habe Uht gestohlet; aber urecht — ehrlid und brav. Verzeihend Sie, Ihre Herr; ich weis nid; doch ich glaub, daß mi de böß Fünd g'schit heb.“

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 15. Nov. 4. Quartal. 123. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male: **Blaubart**; Lustspiel in 2 Akten, von Adolph Benedix. Hierauf: **Nur fünf Gulden**; Lustspiel in 1 Akt, nach dem Französischen von Börnstein. Sonntag, 17. Nov. 4. Quartal. 124. Abonnementsvorstellung: **Faust**; große romantische Oper in 3 Akten, von Louis Spohr. Hugo: Hr. Brandes, als Gaf.

